

Weltgebetstag: Kritik an Gottesdienstvorlage

Dem diesjährigen Weltgebetstag der Frauen ging in den letzten Monaten eine beispiellose Auseinandersetzung voraus. Der von einer Gruppe von Palästinenserinnen erarbeiteten Gottesdienstvorlage wurde vorgeworfen, sie beurteile die Verhältnisse in Israel und den von Israel besetzten Gebieten zu einseitig.

Wenn am 4. März Frauen verschiedenster christlicher Konfessionen in 170 Ländern zum „Weltgebetstag der Frauen“ zusammenkommen, geht damit eine Auseinandersetzung zu Ende, die erneut deutlich werden ließ, wie schwer sich Christen wie Juden gerade auch, aber nicht nur in Deutschland im Umgang mit der politischen wie religiösen Wirklichkeit Israels und Palästinas weiterhin tun.

Gegenstand der inzwischen bereits monatelangen Auseinandersetzung ist die von einer Gruppe von verschiedenen christlichen Kirchen angehörenden palästinensischen Frauen erarbeitete Weltgebetstagsliturgie. Es gehört zu den Gepflogenheiten des Weltgebetstags, daß eine Gruppe von Frauen eine bewußt kontextuell verstandene Liturgie vorbereitet, die weltweit Grundlage von ökumenischen Gottesdiensten ist, die an ein und demselben Tag stattfinden. Information über die Lebensverhältnisse von Frauen („informiertes Beten“) sowie Anstöße zu einem im Sinne dieser Informationsarbeit veränderten Handeln sind die beiden Pfeiler der Weltgebetstagsarbeit. Daß Gottesdienstvorlagen dieser Art im Vorfeld Gegenstand von Auseinandersetzungen sind, ist nicht neu; neu hingegen ist das Ausmaß, in dem dies im Fall der Palästinenserinnen geschah.

Mit der besonderen Art und Weise der Erarbeitung hat es zu tun, daß die Weltgebetstagsliturgie in diesem Jahr mit gleich zwei Schwierigkeiten zu kämpfen hat: Die Palästinenserinnen hatten im Jahre 1990 unter gänzlich

anderen politischen Bedingungen den Auftrag zur Erarbeitung der Liturgie erhalten, zu einem Zeitpunkt also, an dem sich die jüngste Entwicklung seit dem 13. September 1993, dem Friedensschluß zwischen Israels Ministerpräsident Rabin und PLO-Führer Arafat (vgl. HK, November 1993, 555ff.) nicht im entferntesten absehen ließ.

„Beten gegen Israel?“

Noch bevor die von den *Deutschen Weltgebetstagskomitees Ost und West* (die Vereinigung der beiden Komitees steht noch bevor) übersetzte und mit einer Erklärung versehene Liturgie veröffentlicht war, setzte im Sommer vergangenen Jahres aber vor allem eine Welle von Kritik ein. In einer Erklärung vom 11. Juli von Teilnehmerinnen eines in Israel stattfindenden Frauenseminars des *Internationalen Rates der Christen und Juden e.V.* (ICCJ) kommen Begriffe wie „antisemitisch“ oder „antijudaistisch“ nicht vor – der Sache nach aber wird der Weltgebetstagsliturgie vorgehalten, Traditionen dieser Art „wiederzubeleben“. Es wurde bedauert, daß der Gebetstext nicht alle diejenigen im Blick habe, die im Nahost-Konflikt gelitten haben. Der Sache von Frieden und Versöhnung habe man damit eher geschadet.

Die Überschrift eines Zeitschriftenbeitrags der bekannten jüdischen Autorin *Prina Navè Levinson* brachte den Streit zur selben Zeit auf die plakative und seither viel zitierte Formel „Beten

gegen Israel?“ (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 15.7.93). Unter die Kritiker reihten sich in den zurückliegenden Monaten u.a. ein: der *Internationale Rat der Christen und Juden e.V.*, der *Deutsche Koordinierungsrat für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit*, der *Ausschuß Christen und Juden der Evangelischen Kirche im Rheinland*, der *Zentralrat der Juden in Deutschland*, der im Protestantismus beheimatete *Denkendorfer Kreis für christlich-jüdische Begegnung*, schließlich der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof *Klaus Engelhardt*, sowie zahlreiche aus dem christlich-jüdischen Gespräch bekannte Persönlichkeiten (*Ernst Ludwig Ehrlich, Barbara Just-Dahmann, Ansgar Koschel, Martin Stöhr* u.a.).

Bei allen argumentativen Unterschieden im einzelnen geht es in der Kritik am Weltgebetstag im wesentlichen immer wieder um eine Reihe von sich gleichbleibenden Einwänden. Zum einen werden die als *einseitig* empfundenen Aussagen der Palästinenserinnen kritisiert: Israel werde allein die Schuld an der politischen Lage im Nahen Osten gegeben, Ursachen der Gewalt auf *beiden* Seiten würden nicht benannt. In der Liturgie ist u.a. die Rede von Müttern, die – „mit vielen Müttern in Jerusalem“ – über das Schicksal ihrer Kinder weinen, „wenn sie bedroht sind und brutal und ungerecht behandelt werden“; die „ihren mit Handschellen gefesselten Söhnen und Töchtern“ durch die Gassen der Via Dolorosa in Jerusalem folgen: „Kinder in Palästina und in anderen besetzten Ländern, denen man ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert“, die „ins Gefängnis (kommen), gefoltert oder getötet (werden)“.

Auch wenn eine Formulierung wie die von den „vielen Müttern in Jerusalem“ durchaus jüdische (wie im übrigen auch muslimische Frauen) mit einschließen könnte – die Liturgie ist aus dem Blickwinkel von Palästinenserinnen geschrieben. Eine Gruppe von Frauen aus dem jüdisch-christlichen Dialog (unter ihnen *Lisa Neuhaus*,

Leonore Siegele-Wenschkewitz, Helga Tröskén) wandte dagegen beispielsweise ein, eine gründlichere Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt verbiete es, „die PalästinenserInnen ausschließlich als unschuldige Opfer und Israel ausschließlich als menschenrechtsverachtende Besatzungsmacht zu sehen“ (in: Arbeitsheft zum Weltgebetstag, S. 265). Der EKD-Ratsvorsitzende mahnte – wie viele andere auch – in einem Brief an die EKD-Gliedkirchen *Änderungen und Ergänzungen* am Gebetstext an: Leid und Opfer habe es auf beiden Seiten des Konfliktes gegeben. Israelische Frauen hätten Not und Bedrängnis von palästinensischer Seite erfahren. Die Bürger Israels seien „palästinensischem Terror“ ausgesetzt gewesen.

„Assoziationen“ an „wüstesten Judenhaß“

Die Kritik entzündete sich insofern nicht nur an dem, was in der liturgischen Vorlage gesagt, sondern mindestens ebensowohl an dem, *was nicht gesagt wird*. Kritiker bemängelten, daß der jüdische Hintergrund Jesu und der Psalmen, die gebetet werden, nicht erwähnt würden. Zu Beginn des Textes wird zwar einmal darauf hingewiesen, daß sich im Nahen Osten die „drei monotheistischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – begegnen“. Ansonsten wird der religiös-politische Kontext, in dem die Palästinenserinnen leben, *auffallend unpräzise* benannt. Ansgar Koschel, Generalsekretär der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Deutschland: Worte wie „Jüdin“ oder „Israel“ würden „verdrängt“; wenn das Land nur als „unser Land Palästina“ bzw. als „Region“ apostrophiert würde, müsse der Staat Israel anscheinend ein „(unsagbarer) Fremdkörper“ sein (in: Publik-Forum, 22.10.93).

Ein weiterer Strang der Kritik befaßt sich mit der Verwendung der *Passionsgeschichte*. In der Weltgebetstagsliturgie identifizieren sich die palästinensischen Autorinnen mit den Jesus be-

gleitenden trauernden Frauen („Jesus Christus, wir wollen im Geist mit dir durch das Land gehen, das du geliebt hast, in dem gelebt und gelehrt hast“). Schon die Verwendung der Passionsgeschichte wird von der Kritik vor dem Hintergrund der „verhängnisvollen Konsequenzen“ (ICCJ-Frauenseminar) dieser Erzählung für die Juden gelesen. Ernst Ludwig Ehrlich: „Assoziationen“ an „wüstesten Judenhaß“ werden wach, „wenn man nun erneut Juden als die Schuldigen am Schicksal der Palästinenser hinstellt“ (a.a.O., S. 271).

Die deutschen Weltgebetstagskomitees reagierten in *zwei Stellungnahmen* auf die Kritik. In einer der Weltgebetstagsliturgie vorangestellten Erklärung wiesen sie darauf hin, daß die Verfasserinnen „innerhalb des palästinensischen Meinungsspektrums eine Position (vertreten), die um Vermittlung bemüht ist“. Ihre eigene Position bezeichneten die Komitees mit dem Stichwort von einer „*doppelten Solidarität*“ dem jüdischen wie dem palästinensischen Volk gegenüber. Man sei sich bewußt, wie sehr Antijudaismus in Theologie und Kirche dem Antisemitismus den Weg bereitet habe und wieviel in diesem Zusammenhang noch aufzuarbeiten sei. Als Nationalstaat unterliege Israel in seinen politischen Entscheidungen jedoch Kriterien wie jeder andere Staat: „Wenn hier Unrecht geschieht, kann dazu nicht geschwiegen werden.“

Zur Verwendung der Passionsgeschichte wurde in einer Erklärung vom September letzten Jahres darauf verwiesen, daß die Weltgebetstagsagende gerade eine Perikope aufgreife, die in bezug auf eine traditionelle antijudaistische Interpretation der Passionsgeschichte unproblematisch sei. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, daß die Verwendung der Passionsgeschichte durch die Palästinenserinnen ein innerhalb ihrer Frömmigkeit gängiges Mittel sei. Anfang Februar verbreiteten die Komitees unterstützende Stellungnahmen palästinensischer Kirchenführer (vgl. ds. Heft, 158).

Der Konflikt um die Weltgebetstagsliturgie ist vielschichtig. Zuordnungen der sachlichen Positionen und ihrer Träger in Schemata wie rechts – links, pro und kontra Israel, antisemitisch ja oder nein, pro und kontra Palästinenser führen nicht weiter. Verteidiger(innen) und Kritiker(innen) der vorliegenden Gottesdiensttexte reden teilweise aneinander vorbei: Etwa, wenn sich die Kritik an der Liturgie ausschließlich auf den konkreten Liturgietext bezieht, während diejenigen, die ihn verteidigen, den Gottesdienst lediglich als Teil eines breiteren Kommunikationsgeschehens im Vorfeld und am Tag des Weltgebetstags auffassen, in dem die jüdischen bzw. israelischen Gesichtspunkte Berücksichtigung finden können und sollen.

Aber auch der Sache nach lassen sich nur schwer klare inhaltliche Fronten ausmachen. Wer im Zusammenhang mit dem Weltgebetstag der Frauen für eine angemessenere Berücksichtigung der Juden und des Staates Israels eintritt, steht deswegen noch nicht unbedingt dem Staat Israel unkritisch gegenüber. Während diejenigen, die den Text der Palästinenserinnen gegen mancherlei jüdisch-christliche Kritik in Schutz nehmen, in ihrer Kritik an deren Lebensbedingungen durchaus nicht alleine dastehen, sondern sich dabei hinlänglich auf jüdische bzw. israelische Kritiker Israels berufen können und dies auch tun.

Israelfreundlich oder israelfeindlich?

Die einen halten die Liturgie für ein „erstaunlich mutiges Zeugnis des Friedenswillens der Palästinenserinnen“ und finden es „sensationell israelfreundlich“ (so der ehemalige Propst in Jerusalem, *Johannes Friedrich*, in: Evangelische Kommentare 1/94, S. 37), wenn die Palästinenserinnen, lange vor dem 13. September 1993, für ein, wie es in der Liturgie heißt, „besseres gegenseitiges Verstehen unter den Völkern in diesem Land“ sowie „Sicherheit und Frieden für alle Völ-

ker in unserer Region“ eintreten. Andere halten Aussagen wie die von durch Israelis „gefolterten und entstellten Leichnamen“ für „absolut unerträglich“ und „israel-feindlich“ (Ehrlich, a.a.O., S. 271). Unberechtigt und gegenstandslos sind weder die Klagen der Palästinenserinnen noch auch mancherlei Vorbehalte gegenüber der Gottesdienstvorlage.

Den Palästinenserinnen wird von den Kritikern und Kritikerinnen andererseits durchaus nicht das „Recht auf Subjektivität“ (Ehrlich, a.a.O., S. 272) abgesprochen. Der Streit ist daher letztlich auch keine Auseinandersetzung *pro oder kontra kontextuelle*

Liturgie. Zum Problem wird diese Liturgie für manche Kritiker erst durch die Tatsache, daß sie im Rahmen des Weltgebetstags der Frauen weltweit in die unterschiedlichsten Kontexte übertragen wird, ohne daß deren je verschiedene Bedingungen – im Fall Deutschlands: die historisch besonders belasteten Beziehungen zu den Juden, zum Judentum und zum Staat Israel – zumindest in der vom Weltgebetstagskomitee verbreiteten Liturgie hinreichend berücksichtigt werden. Insofern bedeutet der Streit um die Texte der Palästinenserinnen schon auch eine generelle Anfrage an die Arbeitsweise der Weltgebetstage. *K.N.*

besondere Verantwortung der Religionen für den Frieden betonte, beendete er mit dem spontanen Zuruf an die Menschen „in den gemarterten Ländern“: „Ihr seid nicht verlassen, wir sind mit euch und werden immer mehr mit euch sein.“

Nicht die „faule Frucht der Vernichtung“ als Lösung

Im Zentrum der zahlreichen vatikanischen Aufrufe an die politisch Verantwortlichen steht jedoch die Mahnung zu einem „gerechten Frieden“. Die deutlichste Absage an Kompromißlösungen, die gegen geltende Prinzipien des Völkerrechtes verstoßen, fand sich dabei in einem Appell der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“, veröffentlicht im Vorfeld des Gebetstages am 23. Januar. Darin heißt es: Eine Lösung auf der Grundlage von Vertreibungen und Vernichtung, ein Frieden unter ungerechten Bedingungen könne nie dauerhaft sein. Völker sich gegenseitig umbringen zu lassen und auf einen Frieden zu warten, der die „faule Frucht der Erschöpfung oder Vernichtung“ wäre, käme einer verbrecherischen Unterlassung von Hilfe gleich. Ein gerechter und dauerhafter Frieden sei aber auch auf dem Balkan möglich, trotz des Geschehenen. Man dürfe nicht in Resignation und Fatalismus verfallen. Seine Hoffnungen bekräftigte der päpstliche Rat mit der Erinnerung daran, daß bis vor wenigen Jahren Bosnien-Herzegowina ein „beispielhaftes Zeugnis von Toleranz und authentischem, wenn auch schwierigem Zusammenleben“ gegeben habe. (Wortlaut der Erklärung im Ergänzungsband zu Ausgabe Nr.18 vom 23.1.94 des Osservatore Romano.)

Im Zusammenhang mit dem „Sonder“-Weltgebetstag fand im Vatikan ein zweitägiges Symposium statt mit hochrangigen Kurienvetretern, darunter die Kardinäle Arinze, Gantin, Etchegaray, Sodano und der Präsident von Pax Christi International, Kardinal *Godfried Danneels*. Ebenfalls dabei waren zwei der insgesamt vier für die Region

Bosnien: Kirchen fordern einen gerechten Frieden

Nur ein gerechter Frieden könne ein dauerhafter Frieden sein, betonen der Papst ebenso wie der CCEE und die katholischen Bischöfe Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas in ihren jüngsten Appellen. Eine Lösung oder ein Friede für Bosnien-Herzegowina dürfe nicht auf der Grundlage von durch Gewalt erlangten Territorialgewinnen, ethnischer Vertreibung und anderen Verletzungen der Rechte von Minderheiten und souveränen Staaten gesucht werden.

Seit nun 23 Monaten tobt der Krieg in Bosnien-Herzegowina – nie unterbrochen, aber begleitet von immer neuen Friedensinitiativen und -gesprächen, die nach dem Scheitern des Vance-Owen-Plans im April 1993 mit Hilfe verschiedener Teilungspläne eine Lösung des Konfliktes suchen. In dem Hin und Her von Entspannungs- oder Erschöpfungssignalen der Konfliktparteien, gebrochenen Waffenstillstandsabkommen, immer neuen Schreckensmeldungen und lange Zeit wirkungslos gebliebenen Drohgesten der internationalen Gemeinschaft werden kirchliche Stimmen nicht müde, den Krieg und mit ihm einhergehende Verbrechen zu verurteilen; hartnäckig mahnen sie die internationale Gemeinschaft zu ihrer Verantwortung, bzw. warnen vor den Folgen von Resignation und Untätigkeit für die gesamte

Balkanregion wie für die Zukunft der westlichen Zivilisation überhaupt.

Als „Gewissensprüfung für uns alle und für den Papst als ersten“ bezeichnete Johannes Paul II. den Krieg anläßlich seiner jüngsten Initiative: Im Rahmen der „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ hatte der Papst den 23. Januar zum Tag des Gebetes für den Frieden auf dem Balkan, den Freitag zuvor zum Fasttag deklariert. Erneut rief er nach dem Angelus-Gebet an diesem Tag die Konfliktparteien auf, humanitäre Hilfe nicht zu behindern; die internationale Gemeinschaft mahnte er, die Angreifer zu entwaffnen und nichts unversucht zu lassen, was zu einem dauerhaften Frieden führen könnte. Seine Predigt bei der Messe im Petersdom, in der er zum wiederholten Mal die Rede von einem Religionskrieg zurückwies, jedoch die